

Wahlprüfsteine Kommunalwahl 2014

Name Partei/Wählervereinigung: **SPD**

Ausführliches Programm:

<http://www.spd-heidelberg.de/service/KommunalpolitischesProgramm2014.pdf>

1. Sozialplanung

Halten Sie eine konzeptionelle Sozialplanung für die Stadt Heidelberg für notwendig und wie kann der Sozialraum in den einzelnen Stadtteilen entwickelt werden?

Ihre Antwort:

Angesichts der Tatsache, dass Kinder und Jugendliche in Heidelberg das größte Armutsrisiko tragen, ist es nötig, dass die Stadt hier ihren Handlungsspielraum ausschöpft und dafür sorgt, dass diese Kinder größtmögliche Teilhabe- und Bildungschancen erhalten, damit sich Armut und womöglich Ausgrenzung nicht über Generationen hinweg vererben. Deshalb gilt es, **die Sozialplanung für alle Bevölkerungsgruppen weiterzuentwickeln und mit den erforderlichen Ressourcen zu versehen.**

Auf unseren Antrag wurde im Doppelhaushalt 2013/14 das Ziel: Verbesserung der Wohn- und Lebensqualität im **Hasenleiser, Boxberg und Bergheim-West** aufgenommen und mit der Erarbeitung eines Konzepts für ein **Stadtteil-/Quartiersmanagement im Hasenleiser** zur Entwicklung einer Quartiersidentität sowie gemeinwesenorientierter Sozialstrukturen begonnen.

Bewertung von Handlungsfeldern hierzu (bitte ankreuzen):

	Höchste Priorität	Hohe Priorität	geringe Priorität	unwichtig
Sozialplanung als kontinuierlicher Prozess		X		
Sozialplanung unter Mitwirken der Träger und der Betroffenen	X			
Sozialräumliche Betrachtung der Stadtteile		X		
Dezentralisierung sozialer Angebote		X		
Gemeinwesensarbeit und Stadtteilmanagement im Quartier	X			
Vernetzungen von Seniorenzentren und Bürgerzentren	X			
Soziale Durchmischung der Stadtteile	X			

Weitere Vorschläge und Ideen für wichtige Handlungsfelder:

Eine Stadt ist lebenswert, wenn die Menschen, die in ihr leben, lebendige **Stadtteilzentren als Begegnungsräume** vorfinden.

Für uns heißt das, an **Plätzen** die **Aufenthaltsqualität** mit ausreichend Sitzgelegenheiten, Mülleimern und einem attraktiven Grünflächenangebot zu steigern. Außerdem wollen wir hochwertige Aufenthaltsmöglichkeiten für **Jugendliche** in zentraler Lage anbieten.

Anmerkungen:

Das **Stadtteilmanagement im Emmertsgrund** ist eine **Erfolgsgeschichte**, die wir in andere Heidelberger Stadtteile tragen wollen. Wir fordern ein Quartiersmanagement in Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf sowie gezielte Angebote der offenen Jugend- und Gemeinwesenarbeit mit den Freien Trägern.

2. Materielle Armut

Welche konkreten Maßnahmen befürworten Sie zur Bekämpfung von materieller Armut?

Ihre Antwort:

Um Armut und Altersarmut zu verhindern und vorzubeugen brauchen Beschäftigte **Löhne**, die es ihnen und ihren Familien ermöglichen, ihren Lebensunterhalt zu bestreiten und am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen zu können, sowie gesicherte Arbeitsplätze. Deshalb hat **die Stadt** Heidelberg **als kommunaler Arbeitgeber** für die Arbeitsplätze und die Arbeitsqualität eine besondere arbeitsmarkt- und sozialpolitische Verantwortung. Auf Dauer angelegte, reguläre Arbeiten und Funktionen dürfen **nicht** mit **Leiharbeitskräften** besetzt werden. Des Weiteren sollen **betriebsbedingte Kündigungen** sowie **die Ausgliederung von Arbeitsplätzen ausgeschlossen** werden.

Die Steigerung der **Energiepreise** trifft die Ärmere in unserer Stadt mit besonderer Härte. Der auf unsere Initiative im Jahr 2007 von den **Stadtwerken** aufgelegte **Nothilfefonds** bei Energieschulden („Aktion Nähe“) hat sich als Hilfe in größter Not sehr bewährt. Durch **jährliche** Berichtspflicht der Verwaltung wollen wir dessen Nutzung künftig genau beobachten, um rechtzeitig geeignete **Nachjustierungen** bzw. Ergänzungen einleiten zu können.

Die SPD **unterstützt** die Arbeit der **Schuldnerberatungsstellen** als wichtige Institutionen zur Bekämpfung von Armut für überschuldete Menschen.

Es muss darauf Wert gelegt werden, dass die Ausstattung und der bauliche Zustand von **Notwohnungen** bzw. Übergangwohnheimen den allgemeinen Standards entsprechen und so die Menschenwürde gewährleisten. Die Unterbringung in Not- und Übergangsquartieren muss die Ausnahme bleiben und die **Vermittlung in ein normales Mietverhältnis oberste Priorität** haben.

Bewertung von Handlungsfeldern hierzu (bitte ankreuzen):

	Höchste Priorität	Hohe Priorität	geringe Priorität	unwichtig
Mehr materielle Unterstützungsfonds schaffen		X		
Soziale Leistungen im Heidelberg Pass verbessern		X		

Günstige Mittagessen in Schulen, Kitas und Seniorenzentren	X			
Tafelläden unterstützen			X	
Lokale politische Initiativen zur Anhebung der SGB-Regelsätze		X		
Bessere Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaketes	X			

Weitere Vorschläge und Ideen für wichtige Handlungsfelder:

Wir sagen Projekten der **Kirchen**, **Gewerkschaften** oder der **Freien Wohlfahrtspflege**, wie z.B. der AWO, dem Manna-Projekt der Diakonie, dem Kinderschutzzentrum oder Organisationen wie Obdach e.V. unsere Unterstützung zu.

Anmerkungen:

Die **soziale Arbeit** für Menschen in Not- und Übergangsquartieren ist politisch notwendig und wird von uns nachhaltig unterstützt. Dezentrale Unterkünfte sind vorrangig zu halten und einzurichten. Dies gilt besonders für aufzunehmende Flüchtlinge. Vorhandene zentrale Quartiere mit größerer Aufnahmekapazität, wie z.B. das Notwohngebiet **Mörgelgewann**, werden wir **im Rahmen der Konversionsentwicklung in eine qualitativ gehobene Stadt(teil)entwicklung einbinden**.

„Tafelläden unterstützen“ bekommt unsererseits eine geringe Priorität, weil das sich selbst organisierende System ‚Tafelläden‘ in Symbiose mit dem Lebensmittelhandel und anderen Sponsoren (z. B. Automobilindustrie > Transport- und Kühlfahrzeuge) nach rd. 20 Jahren sich auch in unserer Stadt mit großer privater Unterstützung gut etabliert hat. Dieses System „neuer“ Subsidiarität findet großen Zuspruch und potente Unterstützung.

3. Wohnen

Wie wird eine ausreichende und dauerhaft preisgünstige Wohnungsversorgung von Menschen mit geringem Einkommen in Heidelberg erreicht?

Ihre Antwort:

Durch die „Wohnraumbedarfsanalyse 2030“ wurde bestätigt, dass besonders Haushalte mit geringeren Einkommen in Heidelberg kaum noch ein bezahlbares Angebot auf dem Wohnungsmarkt finden. Wir fordern daher ein „**Handlungsprogramm Wohnen**“ (siehe unser Antrag vom Okt. 2013: http://spd-fraktion-heidelberg.de/show_artikel.htm?id=1680&search=Handlungsprogramm&filter=). Das Angebot an bezahlbaren Mietwohnungen muss im ganzen Stadtgebiet gezielt erhöht werden. Der GGH als städtischem Wohnungsunternehmen kommt hier eine wichtige Rolle zu. Zielgruppen sind dabei Studierende, Auszubildende, Alleinerziehende und junge Familien. Auch die Bedürfnisse finanziell eingeschränkter Seniorinnen und Senioren müssen berücksichtigt werden, insbesondere im Hinblick auf günstiges, barrierefreies Wohnen. Eine **preiswerte Miete** heißt für uns **5,50 €/qm Kaltmiete**.

Wirklich preisgünstiges Wohnen ist auch bei der GGH nur im Altbaubestand zu verwirklichen. Deshalb darf eine, auch denkmalgeschützte, Wohnsiedlung wie die **Blaue Heimat nicht abgerissen** werden, sondern muss behutsam und bedarfsgerecht saniert und erhalten werden. Dabei muss die Stadt **innovative Wohnprojekte und Baugruppen** bei der Realisierung ihrer Projekte unterstützen. Dies gilt für das gesamte Stadtgebiet, insbesondere für die **Konversionsflächen**.

Bewertung von Handlungsfeldern hierzu (bitte ankreuzen):

	Höchste Priorität	Hohe Priorität	geringe Priorität	unwichtig
Preisgünstiger Wohnraum auf den Konversionsflächen	X			
Günstiger Wohnraum in allen Stadtteilen	X			
Soziale Durchmischung als Grundprinzip in allen Stadtteilen	X			
Wohnraumversorgung besonderer einkommensschwacher Bedarfsgruppen (z.B. Alleinerziehende, SGB II Bezieher) sicherstellen	X			
Dezentrale Notwohnungsversorgung aufbauen und Notwohn- gebiet auflösen		X		
Wohnkonzept für junge Erwachsene mit Planungsquoten in allen Stadtteilen	X			
Wohnraumbedarfsplanung für arme Menschen	X			

Weitere Vorschläge und Ideen für wichtige Handlungsfelder:

„**Gutes Wohnen**“ heißt auch, dass man **kurze Wege** zum Arbeitsplatz und den wichtigen Versorgungseinrichtungen des täglichen Lebens hat. Durch den Erwerb und die Zurverfügungstellung von Immobilien für die **Nahversorgung** muss die Stadt in unseren Augen gezielt Vorsorge treffen. Als Vorbild kann der Ankauf der Räumlichkeiten im Forum auf dem Emmertsgrund dienen. Für die Planungen in der Bahnstadt und den Konversionsflächen bedeutet dies: Nahversorgungsstandorte und Gewerbeflächen für Kleindienstleister frühzeitig in der Planung berücksichtigen.

Anmerkungen:

Das seit 2014 in Baden-Württemberg geltende **Zweckentfremdungsverbotsgesetz** halten wir für ein geeignetes Instrument, um Leerstand und gewerbliche Umnutzung von Wohnraum zu verhindern. Die Ausweitung des Angebots an preisgünstigem Wohnraum wollen wir aktiv von Seiten der Stadt steuern und langfristig sichern lassen. Dafür gilt es, die bisherigen Programme effektiver zu machen.

4. Mobilität

Wie wichtig ist eine gute Mobilität für Menschen mit geringem Einkommen und wie kann sie sichergestellt werden?

Ihre Antwort:

Wir wollen, dass **jeder Mensch in Heidelberg mobil** sein kann, unabhängig von der jeweiligen individuellen Situation! Unser Grundsatz ist die gerechte Verteilung des vorhandenen Straßenraums.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass das **Sozial-Ticket** auch nach der Probephase fortgeführt wird, da es gesellschaftliche Teilhabe durch Mobilität für alle ermöglicht.

Bewertung von Handlungsfeldern hierzu (bitte ankreuzen):

Höchste Priorität	Hohe Priorität	geringe Priorität	unwichtig
----------------------	-------------------	----------------------	-----------

Dauerhafte Sicherung des Heidelberger Sozialtickets	X			
Beteiligung des Verkehrsverbundes	X			
Sozialticket für alle Armen in der Metropolregion	X			
Sozialticket für den ganzen Verkehrsverbund für 20 €		X		
Radverkehr als günstige Mobilitätsalternative unterstützen	X			

Weitere Vorschläge und Ideen für wichtige Handlungsfelder:

.....

.....

Anmerkungen:

.....

.....

.....

5. Arbeitslosigkeit

Welche Schwerpunkte zur Beschäftigung und Integration besonders benachteiligter Arbeitsloser soll die Stadt Heidelberg setzen?

Ihre Antwort:

Ziel von Stadtpolitik muss es im Rahmen ihrer Möglichkeiten sein, Menschen in Arbeit zu bringen und Menschen in Arbeit zu halten. Wirtschaftsförderung und Stärkung des Handwerks zur **Stabilisierung des 1. Arbeitsmarktes** sind für die SPD von großer Bedeutung. Wo der 1. Arbeitsmarkt keine Möglichkeiten bietet, müssen die Menschen über **Beschäftigungsgesellschaften** in Arbeit gebracht werden. Das gelingt durch gezielte städtische Förderung und Vergabe öffentlicher Aufträge, gekoppelt an **Sozialkriterien**. Soziale Kriterien im Vergabeverfahren sind insbesondere Tarifgebundenheit, Schutz tariflicher Arbeitsbedingungen und Gleichbehandlung von Mann und Frau. Abgesehen von der sozialpolitischen Dimension, der Hilfe beim Übergang aus der Arbeitslosigkeit in ein festes Arbeitsverhältnis, hilft dieses Engagement auch, Transferleistungen bzw. Abhängigkeit von Transferleistungen zu vermeiden.

Wir wollen Menschen in Arbeit bringen, deshalb muss das bewährte „Heidelberger **Programm für Beschäftigung**“ im städtischen Haushalt weitergeführt und, wenn möglich, verstärkt werden. Heidelberg ist bundesweit bekannt für sein Engagement für soziale Beschäftigungsunternehmen im 3. System, z.B. Die Werkstatt gGmbH oder die Heidelberger Dienste, wo gerade Langzeitarbeitslose neue Chancen erhalten; ebenso zu nennen ist die erfolgreiche „Initiative zur Förderung von Arbeitsplätzen für psychisch Kranke e.V.“ Deshalb unterstützen wir auch zukünftig Modelle für „behindertengerechte Ausbildungs- und Arbeitsplätze

Wir wollen, dass die Stadt unter besonderer Berücksichtigung unserer ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger auch weiterhin **Ausbildungsplätze** in der Verwaltung über ihren eigenen Bedarf hinaus anbietet.

Die **Jugendagentur** also wichtige Institution der Jugendberufshilfe (Übergang Schule – Beruf) soll in ihrem Bestand gesichert werden.

Siehe auch unsere Antwort zu Frage 2.

.....

.....

.....

Bewertung von Handlungsfeldern hierzu (bitte ankreuzen):

	Höchste Priorität	Hohe Priorität	geringe Priorität	unwichtig
Entwicklung von kommunalen Konzepten für langzeitarbeitslose SGB II Bezieher	X			
Schaffung von Arbeitsplätzen in Sozialbetrieben	X			
Schaffung von Einfacharbeitsplätzen bei der Stadt		X		
Hilfen für besonders betroffene Gruppen wie Alleinerziehende, Menschen mit Behinderungen, ehemals Nichtsesshafte, Ältere etc	X			
regionaler Ausbildungspakt: jeder Jugendliche bekommt eine Lehrstelle	X			
Koordinierte und auf Ausbildung ausgerichtete Maßnahmen für nicht ausbildungsreife Schulabgänger	X			
Ausbau des Programms Aktive Beschäftigungspolitik	X			
Mehr Beschäftigung und Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderung	X			

Weitere Vorschläge und Ideen für wichtige Handlungsfelder:

.....

Anmerkungen:

.....

6. Integration und Inklusion

Haben Sie Vorschläge und Konzepte für eine Teilhabe aller – auch der einkommensschwachen - Heidelberger Bürger an einer toleranten Stadtgesellschaft?

Ihre Antwort:

Wir heißen Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft in Heidelberg als Mitglieder der Stadtgemeinschaft willkommen. Dabei sind die Voraussetzungen für eine breite **Willkommens- und Integrationskultur** in Heidelberg besser als in anderen Städten Deutschlands. Ungefähr ein Drittel der Stadtbevölkerung hat Wurzeln außerhalb Deutschlands. Dies hat mit dem Charakter der Wissenschaftsstadt zu tun, aber auch mit „klassischen“ Migrationsbiografien der 60er und 70er Jahre und später.

Als SPD ist es uns wichtig, diesen Menschen und den folgenden Generationen ein Gefühl der **Anerkennung für den Beitrag zu unserer Stadtgemeinschaft und Wirtschaftsleistung** zu vermitteln.

Die SPD Heidelberg fordert die Einführung eines städtischen **Integrationspreises** für Menschen, deren Lebensweg besonders mit der Migration nach Heidelberg verbunden ist. Dabei können sowohl außergewöhnliche Leistungen um die Stadt, Forschung oder Kulturverständigung als auch ganz „normale“ Lebenswege ausgezeichnet werden, die sich besonders durch lebenslange Arbeit in Heidelberg auszeichnen.

Neben der Anerkennung der Leistungen von Menschen ohne deutschen Pass in unserer Stadt dürfen wir natürlich die bestehenden **Probleme** im Bereich Migration nicht aus dem Blick verlieren.

Wir wollen allen Menschen die gleichen Bildungs- und Berufschancen eröffnen. Konkret heißt das für uns auch, dass der **Anteil von Beschäftigten mit Migrationshintergrund** in Ämtern und Behörden erhöht werden muss. Nicht nur für Migrantinnen und Migranten, sondern auch für alle anderen Menschen, die gesellschaftlich vermehrt mit Diskriminierung rechnen müssen, wünschen wir uns die Einführung anonymer Bewerbungsverfahren für städtische Stellenausschreibungen.

Im Rahmen unserer Vorstellungen der sozialen Stadt stehen wir **gegen** soziale, ethische und kulturelle **Segregationstendenzen**. Eine Durchmischung der Stadtteile erhöht die Lebensqualität für alle Menschen. Dazu muss, wie bereits im Bereich Wohnen betont, auch eine entsprechende Anzahl preisgünstiger Mietwohnungen in allen Stadtteilen vorgehalten werden. Bei der Erschließung neuer Stadtteile muss dies selbstverständlich auch unter dem Aspekt der Migration mit bedacht werden.

Die SPD Heidelberg fordert außerdem, dass **Flüchtlinge und Asylsuchende** in Heidelberg dezentral und in gut durchmischten Wohnquartieren untergebracht werden, um die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen.

Diskriminierungen auf dem Wohnungsmarkt, bei der Arbeit oder im Bildungsweg führen oft zu nachhaltigen sozialen Einschränkungen. Wir wollen deswegen einen verstärkten Fokus auf die **Antidiskriminierungsarbeit** in diesen Bereichen richten sowie die Ansprechbarkeit und Vermittlung bei Problemen über die Stadt etablieren.

Wir unterstützen die Gründung eines „**Welcome Center**“, in dem Zuwanderer erste Hilfen, Unterstützung, Informationen und Ratschlag bekommen und kulturelle und religiöse Unterschiede gewürdigt werden. Bei der Standortsuche priorisieren wir ein städtisches Gebäude mit direkter Anbindung.

Damit **Inklusion** gelingt, sind bedarfsorientierte Lösungen notwendig. **Multiprofessionelle Teams** sind ein Muss, sowohl im vorschulischen als auch im schulischen Bereich, um Qualität zu sichern und jedem Kind und jungem Erwachsenen die richtige Förderung zukommen zu lassen. Für standortbezogene Modelle dualer Ausbildung werden wir die Investitions- und Sachkostenzuschüsse dem heutigen Bedarf anpassen. Weiterhin werden wir uns dafür einsetzen, dass der Inklusionsauftrag dauerhaft im Schulgesetz verankert wird.

In Zusammenarbeit mit dem **Beirat für Menschen mit Behinderung** werden wir konsequent an unserem Ziel arbeiten, ein **barrierefreies Lebensumfeld** für allen Menschen in Heidelberg zu schaffen. Hier wollen wir uns dafür einsetzen, dass zum Beispiel die Verkehrssituation auf mögliche Einschränkungen der Barrierefreiheit überprüft wird (z.B. Parken auf dem Gehweg, zu hohe Bordsteinkanten, Querungsmöglichkeit von Straßenbahnschienen etc.).

Bewertung von Handlungsfeldern hierzu (bitte ankreuzen):

	Höchste Priorität	Hohe Priorität	geringe Priorität	unwichtig
Ausweitung von Projekten zur Integration und Inklusion	X			
Stärkung (Finanzen und Mitsprache) der Partizipationsgremien wie Ausländer- und Migrationsrat und Beirat von Menschen mit Behinderungen		X		
Rechtliche Spielräume im Ausländerrecht stärker nutzen	X			
Kinder und Jugendlichen mit Behinderungen Schulbesuch außerhalb von Förderschulen ermöglichen	X			

Weitere Vorschläge und Ideen für wichtige Handlungsfelder:

.....

.....

Anmerkungen:

.....

.....

.....

.....

7. Bildung

Kann gute Bildung gegen Ausgrenzung und Armut schützen und was kann die Stadt Heidelberg dafür tun?

Ihre Antwort:

Unzureichende Bildung ist zweifelsohne ein sehr großes **Armutsrisiko**. Deshalb muss unsere Stadt mit dem Land, welchem gemäß unserer Verfassung die Bildung obliegt, alles unternehmen, damit vor allem Kinder früh die ihnen gemäße Bildung erhalten.

Mit unserer Vielfalt an Schulangeboten wollen wir den unterschiedlichen Bedürfnissen junger Menschen Rechnung tragen. **Verlässliche Ganztagsangebote** insbesondere im Grundschulbereich müssen mit Unterstützung des Landes weiter ausgebaut werden.

Individuelle Förderangebote, wie das von der SPD initiierte „**Heidelberger Unterstützungssystem Schule (HÜS)**“, die eine Verbesserung der Bildungschancen von Schülerinnen und Schülern mit besonderem Förderbedarf zum Ziel haben, müssen als Standardangebot in der Stadt Heidelberg etabliert werden.

Die **Modernisierung unserer Schulgebäude** zu Lebens- und Lernräumen muss in den nächsten Jahren weiter mit Priorität verfolgt werden.

Jedes Kind ist einzigartig und muss darin unterstützt werden, sich ganzheitlich individuell zu entwickeln. Nur so kann es seine Fähigkeiten, Potenziale und Stärken frei entfalten.

Kindertagesstätten unterstützen mit ihrem Erziehungs- und Bildungsauftrag die Familien darin, die Kinder in ihrer frühkindlichen Entwicklung optimal zu fördern, beispielsweise durch Sprachförderung im frühen Kindesalter.

Bildung, vor allem die der Jüngsten, ist kein Projekt, sondern eine gesellschaftliche Aufgabe. Deshalb sind verbindliche **Standards für den Übergang Kindergarten-Grundschule** notwendig.

Es gilt, kinderfreundliche Brücken zwischen vorschulischem und schulischem Bereich zu schaffen, um einen frühen Bruch in der Bildungsbiografie zu vermeiden und das längere gemeinsame Lernen zu fördern.

Um Eltern bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf in Heidelberg optimal zu unterstützen, wollen wir mit Unterstützung der Landesregierung für jedes Kind einen bedarfsgerechten und gebührenfreien Kindergartenplatz.

Ausbau der U3-Betreuung auf über 60%

Auf den Anfang kommt es an! Die SPD wird das bedarfsgerechte **Betreuungsangebot** für Kinder **unter 3** Jahren weiter **mit einem hohen Qualitätsanspruch ausbauen**.

Hierfür wollen wir auch Bundesinvestitionen „einwerben“. Bei der Schaffung weiterer Betreuungsplätze ist es vor allem wichtig, nicht stadtweite Durchschnittswerte als Berechnungsbasis heranzuziehen, sondern die Betreuungsquoten der einzelnen Stadtteile zu betrachten und hier auf den tatsächlichen Bedarf zu reagieren.

Wir werden uns für den Bau eines **Tagespflegezentrums** in städtischer Regie (z.B. im Quartier Mark Twain Village) einsetzen. Dieses Zentrum soll Arbeitsmöglichkeiten und Raum für ca. 10 Tagespflegepersonen bieten und eine Flexibilität bei Betreuungssituationen (Vertretung, Randzeitenbetreuung, Übernachtungsmöglichkeiten oder Abholservice von den Kinderkrippen) ermöglichen. Diese Form der Betreuung hat sich in der Weststadt und im Bosseldorn bereits bewährt und wird von den Eltern gern angenommen.

HÜS – langfristig sichern

Das **Heidelberger Unterstützungssystem Schule (HÜS)** ist ein Programm, das die SPD-Fraktion konzipiert und im städtischen Haushalt verankert hat. Über 6.000 Stunden sind mittlerweile im Rahmen von HÜS unterrichtet worden. Von Nachhilfe in den Kernfächern Deutsch, Mathematik oder Fremdsprache bis hin zu Kursen, die Selbstwertgefühl und Selbstvertrauen stärken, wird ein breites Spektrum geboten. Ziel ist immer, dass Kinder und Jugendliche Lernerfolge in ihrer Schullaufbahn erleben und den einmal eingeschlagenen Weg auch erfolgreich abschließen können. Dieses Programm gilt es zu erhalten und auszubauen.

Staffelung der Kinderbetreuungsgebühren

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist ein Grundpfeiler der Gleichberechtigung. Um diese Vereinbarkeit zu verwirklichen, ist es notwendig, die Gebühren für Kinderbetreuung an die Bedürfnisse der Familien und auch alleinerziehender Elternteile anzupassen.

Das politische Ziel der SPD ist die gebührenfreie Bildung von der Krippe bis zur Hochschule. In Heidelberg werden wir darauf hinwirken, **Bildungs- und Betreuungsgebühren an staatlichen Einrichtungen sukzessive abzubauen**. Als Übergangslösung fordern wir eine feinere Staffelung der Gebühren sowie höhere Beiträge für Hochverdienende. Dieses neue Konzept soll auch für andere Einrichtungen, wie z.B. die Musik- und Singschule, Kindergärten etc., erarbeitet werden.

Bewertung von Handlungsfeldern hierzu (bitte ankreuzen):

	Höchste Priorität	Hohe Priorität	geringe Priorität	unwichtig
Unterstützung von Schulen bei der Schulentwicklung (v.a. Gemeinschaftsschulen) und bei besonderen Angeboten (AGs, Nachmittagsbetreuung)	X			
Übergangssystem Schule-Beruf für alle Heidelberger Schulen	X			
Unterstützung aller Schulen bei der Schulsozialarbeit	X			
Erhalt dezentraler schulischer Angebotsstrukturen trotz sinkender Schülerzahlen			X	
Unterstützung von jungen Migrantinnen und Migranten beim Spracherwerb und der schulischen Integration	X			

Weitere Vorschläge und Ideen für wichtige Handlungsfelder:

Ausbau der Elternberatungsangebote

Eltern- und Familienbildung, Suchtberatung, Medienschulung u.v.m. sind Themen, bei denen wir als Kommune Hilfestellung geben können und müssen. Wir haben uns dafür eingesetzt, dass in allen Heidelberger Kindertagesstätten Elternberatungsangebote geleistet werden. Diese Angebote haben sich bewährt und daher sollten sie weiter bedarfsgerecht und stadteilorientiert ausgebaut werden. Wir werden uns dafür einsetzen, dass für Eltern mit Migrationshintergrund, die mit der deutschen Sprache noch Schwierigkeiten haben, auch eine Fremdsprachenberatung angeboten wird.

.....

Anmerkungen:

Über das vorgegebene Handlungsfeld: „Erhalt dezentraler schulischer Angebotsstrukturen trotz sinkender Schülerzahlen“ kann unsererseits keine pauschale Priorisierung vorgenommen werden. Vor dem Hintergrund der sich wandelnden Schul- und Bildungslandschaft und der Bevölkerungsentwicklung müssen bei einer Stadt unserer Größe der jeweiligen Situation angemessene Entscheidungen getroffen werden.

8. Alter und Gesundheit

Welche Möglichkeiten sehen Sie für die Stärkung der Daseinsfürsorge für ältere und kranke Bürger?

Ihre Antwort:

Die **Seniorenzentren** als wichtige Kristallisationspunkte in den Stadtteilen sind in ihrer **Beratungskompetenz** neben dem **Pflegestützpunkt** im Amt für Soziales und Senioren zu **stärken**. Ein Konzept hierfür ist die Etablierung von zusätzlichen Familientreffangeboten innerhalb der Seniorenzentren. Hier sollen durch Fachpersonal und ehrenamtlich ausgestaltete „Generationenprojekte“ gemeinsam mit den Seniorinnen und Senioren alle Fragen zur Betreuung, Erziehung und Gesundheit für junge Familien beantwortet werden. Gleichzeitig entstehen anregende soziale Treff- und Kontaktmöglichkeiten für Seniorinnen und Senioren, die daran interessiert sind. Denkbar sind dabei auch „Patenprojekte“, wie z.B. kurzzeitige Betreuung, gemeinsames Vorlesen oder andere gemeinsame Aktivitäten. Generationsübergreifendes Leben wird so auch in Bereichen möglich, in denen gemeinsames Wohnen nicht möglich ist oder auch nicht angestrebt wird. Da dies nicht allein ehrenamtlich oder durch zusätzliche Arbeit der Angestellten in den Seniorenzentren selbst zu leisten ist, wollen wir hierfür zusätzliche Mittel für Personal bereitstellen. Diese sollen sowohl die Qualität des Angebotes sicherstellen, als auch den Anstoß und die Koordination von Aktivitäten sowie die Beratung verwirklichen.

Aus den Erfahrungen der vergangenen Jahre wird deutlich, dass eine Verwirklichung eines solchen Projekts nur in Kooperation mit den Trägern der Seniorenzentren, der Stadtverwaltung und der Politik möglich ist. Wir streben deswegen in den nächsten fünf Jahren die Umsetzung eines „Pilotprojekts“ in Kooperation mit allen Aktiven an. Findet sich für diese Entwicklung kein Träger, so streben wir die Pilotverwirklichung im städtischen Seniorenzentrum in der Weststadt an. Wenn man aufgrund von Pflegebedürftigkeit nicht mehr zu Hause leben kann, setzt sich die SPD dafür ein, dass alle Betroffenen, auch Empfängerinnen und Empfänger von Sozialleistungen, das Recht haben, ihr Pflegeheim frei zu wählen.

Mit Demenz leben

Fachleute und Angehörige sind sich einig, dass es notwendig ist, für an **Demenz** Erkrankte einen **Schutzraum** in möglichst gewohnter Umgebung zu schaffen. Dieser Gedanke wird heute schon in vielen Betreuungseinrichtungen, vor allen Dingen in Mehrgenerationenprojekten, umgesetzt.

Die SPD schlägt den Bau eines so genannten Demenzdorfes (holländisches Beispiel – De Hogeweyk) vor. Es bietet neben der Sicherheit für die Erkrankten einen Ort der Begegnung zwischen den Generationen und die Möglichkeit der Freizeitgestaltung, wenn auf dem Gelände auch für Nicht-Demente attraktive Einrichtungen (Park, Probenräume etc.) zu finden sind. In einer breit angelegten Diskussion mit den Bürgerinnen und Bürgern wollen wir für das Thema sensibilisieren sowie Anforderungen und Wünsche an ein solches Wohnprojekt diskutieren.

Bewertung von Handlungsfeldern hierzu (bitte ankreuzen):

	Höchste Priorität	Hohe Priorität	geringe Priorität	unwichtig
Altersarmut und -ausgrenzung vorbeugen durch Angebote für Senioren	X			
Förderung integrativer Hilfen für psychisch Kranke (z.B. in Sport- und Freizeitvereinen)	X			
Ausbau der Frühintervention für Suchtkranke		X		
Behandlungsangebote für neue Suchtformen (Verhaltenssuchte)		X		

Weitere Vorschläge und Ideen für wichtige Handlungsfelder:

.....

Anmerkungen:

.....

